

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postamtlicher
Abstellung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., auswärts Aufschlaggebühren,
Bekanntmachung nach allen Richtungen
postfrei abgenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unverlangt eingehende Nummern
wird keine Gewähr übernommen.
Kassendruck mit Zuckerkandeln;
„Saale-Dr.“ gezeichnet.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren
Raum mit 30 Pfg., welche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Marktstraße 68, 1 sowie von
unsern Annoncenstellen und allen
Kontoren-Expeditionen abgenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle
und auswärts 1 M.
Erhalten täglich einmal,
Sonntags und Feiertags einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Marktstraße 17;
Korrespondenzstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Markt-
straße 68, 1. Telefon Nr. 591 u. 178.

Verleger: Dr. Robert Schöler, Nr. 1160;
der Abonnement-Abteilung Nr. 1133.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Nr. 196. Halle a. S., Donnerstag, den 28. April. 1910.

Krankenversicherung.

Man schreibt uns aus Berlin:
Am diesem Donnerstag tritt die zur Vorberatung der
Reichsversicherungsordnung eingesetzte Kommissi-
on zum erstenmal zusammen, um zunächst über die gesamt-
liche Behandlung des umfangreichen Gesetzgebungs-
werkes Vereinbarungen zu treffen. Voraussichtlich wird die Kom-
mission die Arbeiten bis Ende Juni fortführen, abdam
eine längere Sommerpause eintreten lassen und im Sep-
tember wieder zusammenkommen, um die Verhandlungen
fortzusetzen. Wann die Beratung zum Abschluss kommen
wird, läßt sich zurzeit auch nicht entfernt übersehen, indes
ist anzunehmen, daß das Plenum des Reichstages in der
voraussichtlich im November beginnenden neuen Tagung
auf Grund der Beschlüsse der Kommission die zweite Lesung
wird vornehmen können. Durch ein besonderes Gesetz, das
demnächst an den Reichstag gelangt, wird bestimmt, daß die
Mitglieder der Kommission für die Zeit ihrer Tätigkeit in
Berlin Diäten erhalten.

Die Kommission wird nach Erledigung der Generals-
debatte über die Grundzüge des Entwurfs zunächst an die
Reform der Krankenversicherung herentreten. Auf diesem Gebiet
finden sich manche Schwierigkeiten zu über-
winden und Streitfragen zu lösen. Die erste Beratung der
Vorlage hat bereits gezeigt, daß unter den Parteien leb-
hafte Meinungsverschiedenheiten über die Vorzüge des
Entwurfs bestehen. Die Fortschrittliche Volks-
partei fordert eine Reihe von Verbesserungen im Sinne
der Wünsche, die von dem Ausschuss der Krankenkassen
und insbesondere auch von dem Generatrat der Gewerksameine
(Stich-Dünder) in Eingaben an den Reichstag gebracht sind.
Die in der Vorlage vorgesehene Mehrheit von Krassen muß
von allem befreit werden. Gegen die vorgeschlagenen
Landkassentaxen sind von freiwiliger Seite
schwere Bedenken erhoben worden. Die Scheidung zwischen
Orts- und Landkassentaxen darf nicht zu einem Erlasse
der Gemeindefrankenversicherung durch eine noch etwas gering-
ere Landkassentaxe führen. Deren Leistungen können
nach dem Entwurfe, namentlich durch die Zahlung, so herab-
gesetzt werden, daß von einer nennenswerten und genügenden
Versicherung der in ihr organisierten besonderen Berufs-
zweige (der in der Landwirtschaft Beschäftigten, der Dienst-
boten der unabhängig Beschäftigten, der Wander- und Haus-
gewerbetreibenden und ihrer Beschäftigten) nicht geredet
werden kann. Eine solch verschiedenartige Behandlung dieser
Erwerbsgruppen läßt sich durch eine einseitige Rückfüh-
rung auf die der Versicherung jener Berufsgruppe wider-
strebenden Betriebsunternehmer nicht rechtfertigen, da das
Versicherungsbedürfnis nicht auf eine Art Armenunter-
stützung herabgedrückt werden darf.

Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen die
Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Dienst-
boten und der unabhängig Beschäftigten in den Städten, sowie
der Angehörigen des Wander- und Hausgewerbes in die
Landkassentaxen wenden, da diese alle nach ihrer wirt-
schaftlichen und gesellschaftlichen Schichtung den gewerblich
Beschäftigten der Städte gleichstehen. Das höchste Bestre-
ben aber muß es hervorzurufen, daß der Entwurf sogar die
bestehende Dienstboten- und Landarbeiterversicherung ein-
geseht, namentlich süddeutscher Bundesstaaten ganz wesent-
lich verschlechtert. Sind doch teilweise schon jetzt durch Ge-
meindebesatzung oder Landesgesetz Dienstboten und Land-
arbeiter den Ortskassentaxen zugeführt.

Die Notwendigkeit einer weitgehenden Zusammen-
legung der Krankenkassen läßt es wünschenswert erscheinen,
daß besondere Ortskassentaxen für Teile des Bezirkes eines
Versicherungsamtes nur unter weiteren Beschränkungen, da-
gegen Betriebs- und Zimmungskassentaxen überhaupt nicht
zugelassen werden. Wenn letzteres nicht zu erreichen ist, liegt
ebenfalls kein Anlaß vor, bei der Zulassung der Betriebs-
kassentaxen von der Forderung eines Bestandes von
250 Mitgliedern abzugehen. Bestehende freie Hilfskassen
sind unter denselben Voraussetzungen als Ersatzkassen weiter
zugelassen, unter denen Betriebskassentaxen bestehen
können. Neben diesen Fragen aber kommen zahlreiche
weitere Aufgaben in Betracht, die bei der Reform der
Krankenversicherung gelöst werden müssen, und die in der
Kommission sicher zu sehr eingehenden Verhandlungen führen
werden.

Chronwechsel in Griechenland.

Griechenland ist stets Europas Schmerzenskind gewesen.
Im letzten Jahrzehnt besonders hat dieser Staat die euro-
päische Diplomatie andauernd in Unruhe erhalten. Die
Dynamik der Balkenländer hat, trotzdem das Vertrauen
der Großmächte und verwandtschaftlichen Wohlwollen sie
stützen, und obwohl König Georgios nach Kräften tat,
was ihm im Interesse des Landes möglich schien, stets mit
großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Aber die Ver-
hältnisse waren stärker als er: wiederholt schien es,
als ob die Tage des Hauses Glukaburg im Lande der
Hellenen gezählt seien. Die Nationalitätenfrage an den

Ufern des Ägäischen Meeres drohte ihm vor allem ver-
hängnisvoll zu werden. Als vor vierzig Jahren die
Griechen es wieder einmal, in stolzer Erinnerung an alte
Heldenkämpfe, auf einen Waffengang mit dem mächtigen
Kadsharn im Norden antommen ließen, verlagte ihre Armee
und Flotte gänzlich. Hohn und Spott verfolgten den
Generalkommissar der Hellenen, den Kronprinzen Kon-
stantin. Seit jenen Unglücksstunden war das Vertrauen
der Nation zu ihrem Thronfolger erschüttert, und die Krea-
frage, sowie die Reformbewegung unter dem hellenischen
Offizierkorps zwangen ihn und seine Brüder sogar außer
Landes zu gehen. Die Erbitterung hatte einen solchen
Grad angenommen, daß es lange zweifelhaft schien, ob die
Rückkehr der griechischen Prinzen je stattfinden würde.

Plötzlich geschah eine Wandlung im hellenischen
Volksempfinden. Die erst das „Kreuzige!“ geschrien hatten,
jüngsten jetzt der Dynastie ihre „Sollanna!“ entgegen.
Volksgunst ist wandelbar — schon Horaz hat von ihr
gesprochen. Hier aber wurde das fast Unbegreifliche Ereignis:
der Kronprinz, der „Held von Trnavos“, kehrt zurück,
und stürmischer Jubel umbrast ihn. Und warum in dieser
Wendel in der Stimmung des griechischen Volkes? Der
König kam seinen Wünschen entgegen, berief die National-
versammlung ein und ebnete damit wirklichen Reformen den
Weg. Auf Korfu hat eine Zusammenkunft zwischen König
Georg und seinen Söhnen stattgefunden, deren Resultat ein
äußerst überraschendes ist. Es wird hierzu gedruckt:

Athen, 28. April. Die Zeitung „Etrava“ bringt fol-
gende Meldung: Von einer dem König. Hofe aus ergiebt
verwandten Persönlichkeit sei für die positive Mitteilung
gemacht worden, daß bei der Zusammenkunft des Königs mit
seinen Söhnen und Verwandten in Korfu eine definitive
Verständigung und Befriedigung bezüglich der Stellung
der Dynastie im Staate und insbesondere über die Haltung,
die der Kronprinz gegenüber den Offizieren einnehmen soll,
getroffen werden wird.

Es gilt als sicher, daß der König der ganzen Situation
milde geworden und definitiv entschlossen ist, abzudanken,
aber erst dann, wenn die Frage der Thronfolge in normaler
Weise gelöst ist, damit keine Konflikte in der Armee ein-
treten, was selbst in Anbetracht dessen, daß der Kronprinz
auch Freunde in der Armee hat, möglich wäre.

Man sieht jetzt also die verschiedensten Differenzen be-
zulegen. Es wird betont, daß der dem Kronprinzen von
Volke in Korfu bereite Empfang ein Beweis dafür ist, daß
die griechische Nation ihn zum König haben will und ihm
das Recht gibt, auf sein verfassungsmäßiges Thronrecht zu
beharren.

Das Volk ist seinem Kronprinzen also wohlgesinnt, ob
aber das allmächtige griechische Offizierkorps in
gleicher Weise denkt, steht dahin. Gewiß wird der Thron-
folger auch dort Freunde haben, indessen schwebt die Er-
innerung an Demitriades nicht so leicht aus Krieger-
herzen, und es wäre aus diesem Grunde wohl verständlich,
wenn sich von Seiten des Heeres und der Flotte noch einmal
Widerstand gegen die Thronfolge Konstantins erheben
würde. Da werden es die Kraft des Parlaments sein und
dessen Gehilfe, die Gegenstände auszugleichen, dem der Laie
einer dornenbesetzten Krone mühen Könige einen ehrenvollen
Wegang zu sichern und einem Prinzen Gelegenheit zu geben,
das wieder gut zu machen, was nicht immer auf seine Re-
chnung zu gehen ist.

Eins aber ist nicht zu vergessen — zieht Kronprinz
Konstantin wirklich in das Schloß zu Athen als König
ein, dann liegt es in der Natur der Sache, daß er alles
daran setzen wird, die Vergangenheit auszugleichen, und die
Entscheidung über Krieg und Frieden auf dem Balkan wird
mehr von ihm und seinen Ratgebern abhängen, als von irgend einer anderen der Mächte, die zwischen Donau
und Mittelmeer nach Vergrößerung und Konsolidierung
ringen.

Deutsches Reich.

Krisis im Ministerium des Innern.

(Von unserm # - Mitarbeiter.)

Berlin, 28. April.

Offiziell ist wiederholt versichert worden, daß die
Regierung die Reform des preussischen Wahlrechts nicht
ohne die Nationalliberalen machen wolle. Der preussische
Minister des Innern v. Wolke soll, wie aus
wohlinformierter Quelle verlautet, der Lanierung dieser
Aufassung in die Öffentlichkeit nicht fernstehen. Nun
weiß man aber, daß der Ministerpräsident in den
letzten Tagen mit den Mehrheitsparteien ver-
handelt hat, so daß es den Anschein nimmt, als ob auf
die Mitwirkung der Nationalliberalen und der Freikonser-
vativen nicht mehr Wert gelegt wird. Sollte sich das be-
wahrheiten, so dürfte Herr v. Wolke aus diesem Gegen-
satz zwischen ihm und Herrn v. Bethmann Hollweg wohl als-
bald die Konsequenzen ziehen und auf seinen Ministerposten
sünderhin verzichten.

Die Entlastung des Reichsgerichts.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 27. April 1910.

Eine wichtige Vorlage wird, so schreibt man aus dem
Reichstage, Herr v. Bethmann Hollweg nunmehr doch ganz
sicher unter Dach und Fach bringen: das ist die Vorlage über
die Entlastung des Reichsgerichts, deren Zu-
handeln vor den Herren bekanntlich auch recht gefährdet
schien. Auf Grund der Beschlüsse der Kommission in der
zweiten Lesung ist anzunehmen, daß das Plenum eine er-
hebliche Majorität für das Gesetz aufbringen wird. Ins-
besondere wird es Annahme finden, daß die
Revisionssumme auf 4000 Mark erhöht wird.
Die Reichsregierung wird außerdem dafür Sorge tragen, daß
die Prozesse, die noch unerledigt sind, durch eine Anzahl von
Richtern ausgearbeitet werden. Hier darf man also, wie
gefragt, auf einen positiven Ausgang der Verhand-
lungen rechnen.

Konservative Attaken gegen v. Bethmann Hollweg.

L. C. Die konservativen Attaken gegen Herrn v. Beth-
mann Hollweg sehen prompt ein luz vor der zweiten
Lesung der Wahlrechtsvorlage im Plenum des Herrenhauses.
Es ist den Konservativen am liebsten, wenn das Gesetz im
Herrenhause scheitert (sie können dann sagen, sie hätten
im Abgeordnetenhaus „positiv“ gearbeitet, aber leider
u. u. . .) und zur Erreichung dieses Zweckes ist es gut,
es zu hindern, als wenn der Herr Ministerpräsident
eigentlich schon ein „toter Mann“ sei. Man hofft, daß
für diesen Fall die Leute mit governmentalen Neigungen
kein so starkes Interesse mehr zeigen würden, auch diesmal
wieder auf die Regierungseite zu fallen. Das Vorgehen
der Konservativen erinnert einigermaßen an Schillers
„Wallenstein“, wo es dem Kugen Octavio v. Herberbrand —
paradox Nicolomini — durch jahrelange Mühen gelingt, die
Getreulichkeit zu finden des großen Feldherren zu
maffen und diesen, ohne daß er es merkt, zu isolieren.
Freilich, Herr v. Bethmann wird sich darin vom Schillerischen
Wallenstein unterscheiden, daß er die Ministerarbeit mit
Grauen füllt und empfindet und daß er seinem Stern nicht
mehr allzu viel traut. Selbstlich ist man ja auch noch
konservativer Seite so deutlich geworden, daß auch ein ganz
weltfremder Philosoph die Wüsten hätte merken müssen.
Der „Deutschen Tagesztg.“ Artikel „Auf Willows Spuren“
die Haltung der „Kon. Corr.“ und jetzt der grobe Jagdbild
der „Samburger Nachrichten“ — Herr v. Bethmann weiß
Bescheid und kann sich auf alles einrichten. Die Chancen,
daß es ihm doch noch gelingt, durch eine neue Kombination
Herren und Abgeordnete einerseits, Zentrum und National-
liberale andererseits zusammenzubringen zum „üblichen
Tun“ der Wahlrechtsannahme, erscheinen aus uns gering.
Doch ist in Preußen, wo ja ein mächtiger Wille immer vor-
handen ist, wenn er sich jetzt auch hart zurückgehalten hat,
das wahrscheinlichste immer das dann tatsächliche. Wir
sehen der weiteren Entwicklung, für die die heutige Herren-
hausung den Schlüssel bilden wird, mit Spannung, aber
mit aller Ruhe entgegen.

Ally nengierig

scheint — wenn die Witterungen nicht übertrieben
sind — ein Teil der Einwohnerschaft von Weimar und
Eisenach zu sein. Sobald sich in diesen thüringischen
Städten die junge Großherzogin von Sachsen-Weimar
auf der Straße blicken läßt, vergräbt die liebe Neugierde den
Tast, für den man sonst (gerade in den thüringischen Resi-
denzen) ein recht feines Verstandesbedürfnis hat. Wie die
„Eisenacher Ztg.“ mitteilt, beständigte dort die Groß-
herzogin im Anschluß an den Empfang von Damen der Ge-
sellschaft im Residenzschloß die Karlsruher zu begehren.
Die hohe Frau besah sich an Schaulustler, konnte aber
wegen des Andranges der Menschenmenge
nicht weiter vorstücken, sondern mußte sich in Be-
gleitung des Kammerherrn v. Eichel ins Schloß zurückziehen.
Das ist eine Ächtungspolitik! — Wie die Zeitung
„Deutschland“ mitteilt, bedurfte es auch in Weimar erst
verschiedener kräftiger Anpöbel vor allem an die Schuljugend,
ehe die ungebührlichen Zubringlichkeiten nachließen.

Angesichts solcher Zubringlichkeiten braucht man sich
nicht zu wundern, wenn die fürchten immer mehr Reserve
gegenüber dem Publikum an den Tag legen, was nur zu
bedauern ist im Interesse des Volkes, nicht zuletzt aber
auch im Interesse der Fürsten!

Noch ein Nachspiel zum Kieler Werkstoff?

Aus Kiel, 28. April, melde uns unser Dampfenbureau:
Gegen den Verwaltungsdirektor der Kieler Reichswerke Geh.
Admiralitätsrat Anderson ist, den „Kieler A.N.“ zufolge,
die Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden. Anderson
wurde auf die Dauer der Disziplinaruntersuchung beurlaubt.
Es handelt sich hierbei um die vom Staatssekretär v. Tirpitz
auf Drängen der fortschrittlichen und sozialistischen Abgeordneten
im deutschen Reichstage angelegte Nachprüfung in der Kieler
Werkstoff erbobenen Beschuldigungen. Wg. Albrecht und
Gen. hatten in der Reichstagsitzung vom 8. März d. J. in einer
Resolution verlangt, daß eine parlamentarische Unter-
suchungskommission die durch die Kieler Schmelzwerkstoff

Jungen bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichsrenten unterziehen und geeignete Reformmaßnahmen vorschlagen solle. Die Resolution wurde damals abgelehnt. Aber gestrichelt hat, wie man aus der oben gemeldeten Einleitung der Disziplinarrichterung sieht, die Resolution und die daran geknüpfte Debatte, in der von fortgeschrittlicher Seite die Abg. Mommsen und Dr. Leonhart sprachen, doch Staatssekretär v. Tirpitz sagte damals, daß die Frage geprißt werde. Im Interesse des steuerzahlenden Volkes darf man erwarten, daß die Prüfung mit allem Nachdruck geschieht.

Der Kampf im Baugewerbe

wird die schärfste Zweite Kammer beschäftigen. Die sozialdemokratische Fraktion des schärfsten Landtages hat nachstehende Interpellation eingebracht:

„Welche Stellung nimmt die königliche Staatsregierung gegenüber der vom Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe durchgeführte Ausprägung eines großen Teiles der deutschen Bauarbeiter als Lohnarbeiter? Welche Stellung nimmt die Regierung in diesen die Betroffenen schwer schädigenden wirtschaftlichen Konflikten? Hat die Regierung Vorkehrungen getroffen, die die Arbeiter auf Staatsbauten auch während der Ausprägung weitergeführt werden?“

In Bremen haben die Arbeitgeber im Baugewerbe mit 118 gegen 91 Stimmen beschlossen, von einer Ausprägung abzusehen.

Breslau, 23. April. Vor dem hiesigen Gewerbegericht als Einigungsamt fanden gestern Abend Auslegungsverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und den Vorständen der freien und christlichen Gewerkschaften statt. Die mehrstündigen Verhandlungen verliefen ergebnislos, da die Arbeitgeber alle Vorschläge der Arbeitervertreter ablehnten.

Parlamentarisches.

Interpellation betr. Unfall des „Z. II.“

Der Unfall des „Z. II.“ soll, wie gemeldet wird, im Reichstage zur eingehenden Verhandlung kommen. Die Sozialdemokraten wollen eine Interpellation darüber einbringen. Es verlautet außerdem, daß der Reichstanzler dem Hause aus eigenem Entschluß eine Darlegung des beklagenswerten Unfalles zugehen lassen werde.

Die konservative Fraktion im Reichstage hat die Absicht, falls der Reichstanzler den von der Kommission geforderten Entwurf zur Veranschaulichung der fidejussorischen Gesellschaften zu einer Kriegsfestener und Erbschaften nicht einbringen sollte, selbst den Wiederantritt des Reichstages im Herbst einen entsprechenden Entwurf einzubringen.

Parteinachrichten.

In einer Notiz der freisinnigen Presse ist behauptet worden, der nationalliberale Generalsekretär für Vorpommern, Dr. Mittelmann, habe in einer Rede zu Kolberg den Freisinnigen die nationale Gefühlsregung abgesprochen. Dr. M. hat nunmehr die betreffenden Blätter zur Apologie in der Freisinnigen veranlaßt. „Ich habe in Kolberg auf wärmste für ein freundschaftliches Zusammengehen des gesamten Liberalismus gesprochen und habe im einzelnen nachgehört, daß solche Einigung nicht möglich sei im engen Rahmen von Parteiprogrammen, wobei aber auf der Basis einer gemeinsamen liberalen Weltanschauung, die den liberalen heutigen Tages leider noch immer fehlt. Diese Weltanschauung, die an die großen humanistischen Ideen des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts anknüpfen hätte, müßte ihrerseits aber streng auf nationale Ideen abzielen. Da wird nun, so fürchte ich weiter aus, ein Teil der sich zum Freisinnigsten wählenden Wähler vor mitmitten können noch wollen, der Teil nämlich, der in der Stichwahl zwischen einem Nationalliberalen und Sozialdemokraten rot wählt. Dieser Gattung der sich zum Liberalismus zählenden Wähler sprach ich allerdings die nationale Gefühlsregung ab, eine Behauptung, die wohl jeder wahrhaft Liberale unterstreichen wird.“

Gemeinsames Vorgehen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen. Zwischen Vertrauensmännern der Fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei haben Vorparlaments tagungen, die auf ein gemeinsames Vorgehen bei den nächsten Reichstagswahlen hinzielen. Die Zweigorganisationen beider Parteien sollen erachtet werden, sich möglichst schon jetzt über die Kandidaturen zu einigen und sich zu diesem Zweck mit den Zentralkomitees in Verbindung zu setzen.

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir diese ersten Schritte zu einem allgemeinen Wahlbündnis mit Bedrückung begrüßen.

Wählen für Mitglieder von Reichstagskommissionen. Dem Reichstag ist ein Gehlehtsurf zugegangen, dessen einzige Bestimmung wörtlich lautet:

„Den Mitgliedern der vom Reichstag zur Vorbereitung der Entwürfe eines Gesetzes betreffend Veränderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, einer Strafprozeßordnung und eines zu beiden Gesetzen gehörenden Einführungsgesetzes sowie des Entwurfes einer Reichsverfahrensordnung eingesetzten Kommissionen wird für die Teilnahme an den Sitzungen der Kommissionen, die während der Unterbrechung der Plenarverhandlungen des Reichstages stattfinden, ein Betrag von je 1500 Mark aus der Reichskasse gewährt. Von dem gemeldeten Betrage werden für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Kommissionen der Kommissionierung ferngeblieben ist, 20 Mark in Abzug gebracht. Ferner wird von dem gemeldeten Betrage die Entschädigung abgezogen, die ein Mitglied der Kommissionen in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines der beiden Landtages für dieselbe Zeit bezieht. Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstages.“

Kleine politische Nachrichten.

Die Eisierung Helgolands. Der Verwaltungsbereich des Kreises Wesdorf, zu dem die Insel Helgoland gehört, durch Aufständigkeiten hat sich das Terrain der Insel auf 70% Heftiger vergrößert. Infolge der Erziehung von Schmelzwasser hat das Abfließen aus Helmsassen fast ganz aufgehört. Der letzte größere Frostzug fand im Mai (es handelt sich um 1909) statt, wobei über 1100 Kubikmeter Gestein in die See flossen.

Heer und Flotte.

Generalmajor a. D. am Ende hat aus Anlaß seines 60jährigen Dienstjubiläums den Charakter als Generalleutnant erhalten. Er ist 1833 geboren und stand von 1850-1888 im aktiven Heeresdienst. Im Feldzug gegen Frankreich wurde ihm das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen. Am 23. März 1888 wurde er zum Kronenorden 2. Klasse mit dem Stern aus. Von 1881 bis 1887 war er Oberst und Kommandeur des 97. Infanterie-Regts., bis 1888 Kommandeur der 37. Inf.-Brigade.

Generalmajor Carl Fehr. Fehr v. Badenitz, dem Kommandanten von Karlsruhe, wurde der Charakter als Generalleutnant verliehen. Er ist 59 Jahre alt. 1870 trat er in das Heer ein, befehligte von 1876 bis 1879 die Kriegsakademie und rückte bis 1894 bis zum Major auf. Seit 1900 war er Kommandant der Kriegsschule zu Danzig, wurde 1903 Oberst, 1907 Generalmajor und Kommandant der 29. Infanterie-Brigade in Wachen. Seit dem 1. Mai 1908 ist er Kommandant von Karlsruhe.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Mittwoch, Mittwoch, den 27. April 1910. Am Ministertisch: v. Trott zu Sohl, Schwarzkopff. Präsident von Kähler eröffnet die Sitzung um 7 Uhr 45 Minuten.

Die zweite Beratung des

Kultusetats

wird beim Kapitel „Höhere Schulen“ (Eingelberung) fortgesetzt. Abg. Frieth (nl.)

lenkt die Aufmerksamkeit auf die eminente Wichtigkeit der Stenographie, die an den Schulen mehr als bisher gepflegt werden müßte, und kommt dann auf die imgehenden Verhandlungen wegen Schaffung eines deutschen Einheitsystems zu sprechen, wie bei der Reichsregierung debauerlicherweise im Stoen getaten zu sein. Inzwischen als größter Bundesstaat sollte diese Angelegenheit sorgfältig fördern.

Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.)

Leipziger die Mädchenbildung reformiert und tritt dabei für möglichst weitgehende Zulassung der auf den höheren Seminaren vorgebildeten jungen Damen zur Unterweisung ein. Bedauerlicherweise sollen manche Professoren noch nichts von der Teilnahme von Damen an ihren Seminaren wissen wollen. Der Redner wendet sich dann gegen die Rekrutierung.

Abg. Ernst (Sp.)

warnet vor einer Ueberbürdung der Schülerinnen an den höheren Mädchenschulen. Dem Mangel an Oberlehrern und Oberlehrerinnen muß abgeholfen werden. Die Beiräte an den Seminaren müssen angemessen besetzt werden. Das Zusammenarbeiten von Mittelschullehrern und Oberlehrern fenne ich aus Erfahrung. Es geht ausgezeichnet vor sich. Von einem Ständebüchel der Oberlehrer ist keine Spur. Nur unzulängliche Kräfte fehlen den Akademikern heraus.

Abg. Graf v. Haunowille (kon.)

hält die Mädchenbildung reformiert für durchaus angebracht. Das Ziel der Erziehung der weiblichen Jugend müsse nach Ansicht seiner politischen Freunde aber zunächst sein: tüchtige Hausfrauen heranzubilden. Die Privat-Mädchenschulen haben Gutes geleistet. Für eine Kommunalisierung sämtlicher höherer Mädchenschulen können wir uns nicht erörtern. Die Rekrutierung lehnen auch wir ab.

Abg. Graf Nolte (fr.)

spricht über die Rekrutierung und die Privat-Mädchenschulen im Sinne des Vordemers. Die Frau sollte nur insoweit ins öffentliche Leben hinausströmen, als die harte Notwendigkeit es erfordert. Daher fenne er sich nicht mit dem Direktor in Händen der Frau befreundet. Zum Schluß fordert der Redner zur kulturellen Erziehung des Volkes durch Ausgestaltung des Schulwesens im Osten auf. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Maurer (nl.)

Der Abg. Ernst sprach vom Dünkel der Oberlehrer, wenn auch nur in negativem Sinne. Aber es fiel doch auf. Warum sprach er nicht vom Ständebüchel anderer Lehrertreife? Dünkel findet man überall voreinstreten. Aber nur schwache Geister sind dänkehaft! (Sehr richtig!) Der Redner vertreibt sich hierauf eingehend über die Rekrutierung. Es sei das einfachste, um der weiblichen Jugend eine bessere Bildung zu gewähren, ihr da, wo eine höhere Mädchenschule nicht existiert, den Zutritt zu den höheren Lehranstalten für die männliche Jugend zu gestatten. Es sei ein leichtes Regierungsmaxim, in dieser Sache einfach nichts zu tun.

Kultusminister v. Trott zu Sohl:

Der Mädchenbildung reformiert habe ich mich in der Tat mit vielem Interesse und mit warmen Herzen gemeldet. Das höchste Ziel der Unterrichtsverwaltung muß sein, unsere jungen Mädchen so zu erziehen, daß sie vor allem befehigt werden, den höchsten Beruf für sie zu erfüllen, den der Gattin und Mutter. (Beifall.) Das hindert keineswegs, den Unterricht und die Erziehung so zu gestalten, daß auch diejenigen, welchen das höchste Glück, Gattin und Mutter zu werden, gewisse Berufszweige, so mit Kenntnissen ausgestattet sind, daß sie einen gewissen Beruf ergreifen und eine selbständige Erziehung sich schaffen können und so unsere Befähigung finden und Nutzen stiften können. Das liegt nicht nur im Interesse der Frau, sondern auch gerade im Interesse des Staates, im Interesse der Gemeinden und unserer Schulen, wo es zahlreiche Stellen gibt, in denen gerade die Frauen sich betätigen können und die sich mehr nützen und besser am Plage sind, als die Männer. Durch eine derartige Ausbildung der Frau wird also auch direkt der Allgemeinheit gedient. Notwendig ist aber, daß wir jetzt erst einmal in weicher und fetter Ausführung die erlassenen Bestimmungen anwenden, und erst dann, wenn eine gewisse Zeit vorüber ist, uns fragen, ob jede Bestimmung überall das Richtige getroffen hat. Bis dahin aber brauchen wir ruhige stetige Arbeit. (Sehr richtig.) Das möchte ich auch anderen Tagen sagen, wenn diese Dinge ja so sehr am Herzen liegen. Sie mögen jetzt nicht mit ihrer Kritik und mit Abänderungsvorschlägen hervortreten. Sie mögen ihre Beobachtungen machen, und erst dann, wenn der Zeitpunkt der Revision kommt, mit Ihren Vorschlägen kommen, uns jetzt aber eine Zeit der Ruhe gewähren. Wir müssen auch erst Erfahrungen sammeln. Später wollen wir dann weitergehen. (Beifall.) Die Frage der Rekrutierung ist grundsätzlich dahin entschieden, daß die Rekrutierung in der Hauptsache verworfen ist. Wenn wir die Kräfte zu höheren Männern und die Mädchen zu tüchtigen Frauen erziehen wollen, dann ist es am besten, beide Geschlechter in getrennten Anstalten zu erziehen, die ihrer Individualität mög-

lich angepaßt sind. (Beifall.) Ausnahmen sind hiervon nicht zu machen, weil sonst große Schwierigkeiten für unsere ganze Rekrutierung. Härten mag das mit sich bringen in einzelnen Fällen. Es ist aber nicht zu ändern. Um übrigen sind sie auch erträglich. (Leb. Beifall.)

Abg. Stappmann (Volo)

spricht sich gegen die Rekrutierung aus. Ein Antrag auf Schluß der Debatte über das Kapitel „Höhere Lehranstalten“ wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Ernst (Sp.)

daß er den Oberlehrerstand durchaus hochschätze und nur einigen weniger tüchtigen Ausnahmen einen Ständebüchel vorgeworfen habe.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß: Nach 11 Uhr.

Ausland.

Ein neuer französischer Spionageskandal.

* Aus Paris wird gemeldet: Die heutigen Morgenblätter beschäftigen sich mit einer neuen Spionagesangelegenheit. Vor einigen Tagen wurde die Polizei durch ein anonymes Schreiben benachrichtigt, daß drei Soldaten, von denen einer in Paris in Garnison liegt, und die Geliebte des einen mit einem Spionageagenten einer fremden Großmacht in Verbindung stehen, und beschuldigt waren mit Namen angeführt und die einzelnen Umstände so genau angegeben, daß die Polizei die Verdächtigen längere Zeit beobachten konnte. Schließlich gelang es, den Brief des einen Soldaten an den Agenten abzufangen. Der Briefschreiber benachrichtigte darin den Agenten, daß er ihm gewisse Teile eines französischen Geschüßes ausliefern wolle.

Ein Soldat der Kolonialinfanterie und seine Geliebte wurden bereits verhaftet. Die Verhaftung des anderen Mitschuldigen wird noch heute erfolgen. Die Ermittlungen der Sicherheitsbehörde führten zur Aufhebung eines gutorganisierten Spionagesystems. Die Angelegenheit erregt großes Aufsehen.

Das neue italienische Kabinett

wird sich heute der Kammer vorstellen. In parlamentarischen Kreisen heißt es, daß Zanussi seine ersten Schwierigkeiten zu gewärtigen hat, wenn es ihm gelingt, die Marinefrage zu veranlassen. Nach Verlesung der ministeriellen Erklärung wird die Kammer unverzüglich die Beratung des ministeriellen Empfangs vornehmen. Sonnabend oder spätestens nächsten Dienstag wird diese Beratung wahrscheinlich beendet sein. Giolitti wird den Sitzungen beiwohnen.

Freunde Zanussis ver sichern, daß das Kabinett bei finanziellen Looe Refornen fragen und die Zustimmung der Mehrheit des Hauses erhalten werde.

Die Kämpfe in Albanien.

Die Situation im Aufstandesgebiet in Albanien bleibt höchst ernst. Bisher ist es den Truppen nicht gelungen, nennenswerte Vorteile zu erringen. Alle strategisch wichtigen Punkte sind durch starke Aruanaabteilungen besetzt. Ein in der Nähe von Prizren abgehaltenes albanisches Meeting beschloß, einen Aufruf zu erlassen, in welchem alle weisensfähigen Albaner aufgefordert werden, sich der Aufstandsbewegung anzuschließen. Ebenso werden die Gemeinden aufgefordert, alle verfügbaren Waffen und Munition auszuliefern. Auch albanische Frauen stellen sich in den Dienst der Sache und leisten wichtige Dienste. Die Hauptmacht der Albaner steht bei Kibari.

Kleine Tagesnachrichten.

Weitere Bergarbeiterausstände werden aus Guesmes und aus Quargon in Belgien gemeldet. Mehrere Tausend Ausständische durchziehen die Ortschaften und fordern die Arbeiter auf, sich ihnen anzuschließen.

Streik in der Donau-Schiffahrtsgesellschaft.

Wiener Nachrichten besagen: Heute werden die Angestellten und Bediensteten der Donau-Schiffahrtsgesellschaft auf der Strecke Odensburg - Wagram mit dem Oesterreichischen Schiffsahrtsverband angelegten passiven Resistenz beginnen, wenn bis dahin die Forderungen der Angestellten nicht erfüllt sind.

Kooswelt verließ Paris.

Aus Paris meldet man: Nach einem Aufenthalt von einer Woche ist Erpräsident Kooswelt heute früh 8 Uhr 10 Minuten hier nach Brüssel abgereist. In seiner Begleitung befinden sich Frau und Kinder. Er wird in Brüssel nur kurzen Aufenthalt nehmen, den er beim Königspaar am Schloß Laeken verbringt. Von Brüssel begibt er sich nach Holland.

Provinzial-Nachrichten.

Der April auf dem Brocken.

(Originalbericht. Nachdr. verb.) Mittwoch, 27. April.

Seit Anfang der Woche hat die Witterung immer mehr und mehr veränderlichen Charakter angenommen. Heiter Sonnenschein und kalte, raue Frühlingssäfte, Schnee, Hagel und Graupelschauer und aufre neue Sonnenschein - das war der rechte April.

Und es ist gut, daß er sich uns in seiner echten Gestalt zeigt. Soll doch nach einer alten Bauernregel der Sommer nichts taugen, wenn der April nicht etwas Unwetter gebracht hat. Obgleich die Temperatur hier oben am Montag nachmittags kaum den Nullpunkt erreichte, erschien gegen 2 1/2 Uhr nachm. im Südwesten vom Broden ein Gewitter, das im Süden langsam vorüberzog und im Osten verschwand. Blitze waren nicht sichtbar, weil die Kuppe in dichtem Nebel gehüllt war, dafür waren starke Donner hörbar: der Rieser schlag in Form von Schnee, Hagel und Graupel war nicht möglich, er betrug 4 1/2 Zoll Wasser.

Auch am Dienstag war die Fernhitze größtenteils sehr beschränkt; die Nacht verhielt sich auf allen Seiten die Niederung und auf der Windseite bildete sich mehrfach ein Gebirgsnebel im Westen vorgelagerten Gebirgszüge...

Die letzten Tage haben hier oben ein eigenartiges Winter- und Wollenschauspiel. Neuer Schnee auf den Harzbergen und Wäldern, die Brodensteine wieder im schönsten Sonnenlichte, dazu ein fortwährend wechselländiges Gewölke, bald Sonnenlicht, bald Schneetreiben. Heute früh 3 Grad Kälte, leichter Südwind und leichter Schneefall; die Minima der letzten Tage sind: am 23. April - 2,3 Grad, am 24. April - 2,7 Grad C. Eine dauernde Besserung des Witterungscharakters ist kaum zu erwarten, also unbefriedigendes schwaches Frostwetter und leichte Schneefälle im Brodengebiet.

Am 1. Mai nimmt die Harzquerbahn ihre regelmäßigen Fahrten nach dem Broden auf. Danach gehen im Monat Mai täglich 4 Züge von Bernitz nach dem Broden und umgekehrt. Der erste Zug geht vom Bernitz um 7 Uhr 17 Min., der letzte vom Broden geht um 4 Uhr 26 Min. nachm. ab.

Der Maiumzug der Sozialdemokraten in Magdeburg verboten.

Die politische Genehmigung zum Maiumzug der Sozialdemokraten in Magdeburg ist, wie die Magd. Ztg. berichtet, zurückgegriffen worden. Der betreffende Erlaß lautet: Der Polizei-Präsident.

Magdeburg, den 26. April 1910.

Die Genehmigung zum öffentlichen Aufzuge am 1. Mai wird zurückgenommen, da Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht durch unheimlich großen Haufen der Teilnehmer und Zuschauer, zumal an einem Sonntag, zu befürchten ist. Die beschlossene Demonstration läßt ferner eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit um so mehr befürchten, da sie den Willen weiter Bevölkerungsteile heranzuziehen kann.

In Vertretung: von Reoper. Auf den Antrag, der sozialdemokratischen Partei den Votenbezirk für ihre Majestät zur Verfügung zu stellen, hat der Magistrat folgendes erwidert:

Magdeburg, den 22. April 1910.

Auf Ihren beim Oberbürgermeister mündlich angebrachten Antrag, der sozialdemokratischen Partei die Erlaubnis zu erteilen, für einen am 1. Mai zu veranstaltenden Aufzug die Rotenborngärten und insbesondere den fäbischen Fest- und Spielplatz zur Verfügung zu stellen, hat der Magistrat beschlossen, die Genehmigung zu verweigern.

Die fäbischen Anlagen sind zur Erhöhung des Publikums und nicht zu politischen Aufzügen, Versammlungen und Demonstrationen bestimmt. Die Eigenschaft einer Erholungsstätte für fernherm wäre darunter leiden, wenn politische Veranstaltungen dort stattfinden könnten. Der Magistrat ist daher außerstande, die Erlaubnis zu erteilen, das irgend eine politische Partei die im fäbischen Eigentum stehenden Parkanlagen zu politischen Veranstaltungen benutz.

Senze.

Merseburg, 27. April. Auch hier wurde den Sozialdemokraten die für Sonntag geplante Manifestation verboten.

Rochkunstausstellung Bitterfeld vom 30. April bis 8. Mai in Dörings Konzertsaal zu Bitterfeld.

Die Eröffnung der Bitterfelder Ausstellung findet Sonntag, den 30. April, mittags 12 Uhr statt. Die Halle wird 130 Aussteller aus Bitterfeld sowie der näheren und weiteren Umgebung auf. Es sind unter der großen Zahl der Anmeldungen fast alle in Frage kommenden Branchen vertreten, die nicht nur seitens der Gekünftigen, sondern auch seitens der Allgemeinheit reger Beachtung und großem Interesse begegnen dürften.

Einen hervorragenden Anteil an der Veranstaltung hat die Kochkunstgruppe, die durch ihre Reichhaltigkeit ein Schmuckstück der Ausstellung bildet. Für das feilsche Wohl der Besucher wird bestens gesorgt. Eine Bierfabrik führt die Zubereitung von Brühwürstchen an Ort und Stelle vor und gibt Gelegenheit, Kostproben vorzunehmen. Verschiedene Bouillonnieren sind vertreten, die unentgeltlich Broden an das Publikum abgeben. Freunde eines guten Tropfens finden Gelegenheit, die verschiedenen herzuverarbeitenden Biersorten der Bitterfelder Aktienbrauerei zu kosten. Als neue Spezialität beflagter Brauerei kommt Bitterfelder aus dem Ausland, welches sich gewiß durch den besten Vorbehalt erweisen wird, wie das rühmlichst bekannte Bitterfelder. Die Bierstadt München ist durch das Gaffelwerk vertreten. Unter der Gruppe Spirituosen bezeichnen wir die altbewährten Steinhäger-Bratbrände von König & Schlichte, sowie den überall so schnell bekannt gewordenen Wagners für Sibirien. In einer reizenden Wägenhülle bringt eine Leipziger Firma Bitterfelder Spirituosen und Sekt zum Ansich.

Es ist uns ummöglich, auf alle weiteren Objekte, die jedes in seiner Art hervorragend sind, hier einzugehen, auszuwählen wir nicht zu viel sagen; jeder überzeuge sich selbst von der Reichhaltigkeit des Gebotenen; er wird vollbefriedigt

nach Hause gehen. Der Eintrittspreis beträgt, am Eröffnungstage 1 Mk., alle anderen Tage 50 Pfg.; Kinder 3/4 diesen halbe Preise.

Erurt, 26. April. (Eine unerhörte Grabhändlung) beschäftigt heute das hiesige Schöffengericht. Die hochbetagte Matilde Weigt in Widdischhofhausen war am Abend des 26. Januar d. J. überfallen worden, als sie auf dem dortigen Friedhof das Grabdenkmal des Mannes ihrer Schwester, mit dem sie verheiratet war, betrümmerte. Nur dem Umstand, daß die Grabhändlerin noch nicht verheiratet ist, hat sie es zu verdanken, daß der Gerichtshof von einer Gefängnisstrafe ab sah und auf 50 Mark Geldstrafe erkannte.

Stahfurt, 28. April. (Die Magdeburger Oper in Stahfurt) Zwei der köstlichsten Werke der deutschen Opernliteratur: „Martha oder der Markt zu Richmond“ und „Messandro Stradella“ kommen mit ersten Operntalenten des Magdeburger Stadttheaters am 4. und 9. Mai zur Ausführung.

Garbesleben, 26. April. (Streit) Etwa 40 Arbeiterinnen, die auf einer hiesigen größten Spargelplantage beschäftigt wurden, sind seit Freitag in den Ausstand getreten. Sie verlangen Erhöhung des Tageslohns von 1,50 auf 1,75 Mk.

Blantenheim, 27. April. (Eisenbahnunfall) Von dem Personenzug Sangerhausen-Sandersleben entgleiten heute mittags dicht hinter unserem Ort infolge von Streckenarbeiten der Packwagen und zwei Personenzüge A. Klasse. Die Passagiere, die mit dem Schnellzug kamen, wurden mit dem nächsten Schnellzug weiter befördert, so daß die Anschlüsse in Sandersleben erledigt wurden. Der Personenzug hatte durch den Vorfall etwa eine Stunde Verzögerung.

Seepoldshaus, 27. April. (Ein rabiatier Trunkenbold) Aus Verger darüber, daß ihm nichts mehr verabschiedet wurde, belohnte der angegriffenen Arbeiter B. aus Stahfurt gestern abend in einer Restauration an der Neundorfer Chaussee Fensterheben und andere Gesanktakte, so daß durch die herbeigerufenen Polizei seine Festnahme bewirkt werden mußte.

Jena, 28. April. (Die Errichtung eines fäbischen Schachbühnen) war schon vor einigen Jahren vom Gemeinderat beschlossen worden; nachdem sich aber die Ausführung aus verschiedenen Gründen verzögert hatte, war die Entscheidung Jena mit dem Plan hervorgerufen, einen eigenen neuen Schachbühnen zu erbauen. Jetzt ist nun den Mitgliedern des Gemeinderats vom Gemeindevorstand eine Denkschrift zugegangen, in welcher u. a. Gutachten einsehend waren von Professor Dr. Giese, Bezirksrat in Jena, Geheimrat Professor Dr. Gärtner in Jena, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Gumprecht in Weimar, Geheimrat Professor Euler in Jena, Bezirksarzt Oberländer in Apolda, Medizinalassessor Dr. Alee in Jena, Oberbürgermeister Schmieder in Eisenach und 2. Bürgermeister Dr. Donner in Weimar. Uebereinstimmend wird in sämtlichen Gutachten der Standpunkt vertreten, den Schachbühnen nicht von der Zinnung bauen zu lassen.

Weida, 27. April. (Schwerer Unfall) Auf der abgehenden Nummer Straße beim Schloß Dierberg scheuten in der 9. Stunde die Pferde eines Wagens, auf welchem der Fleischermeister Haupt mit seinem 62 Jahre alten Knecht Eduard Leithold von hier saßen. Beide Männer wollten sich während der rasenden Fahrt durch Wipringen vom Wagen retten. Dabei erlitt Fleischermeister Haupt einen schweren Sturz und erhebliche Verletzungen, während der Knecht beinahe vollständig aufgefunden wurde und nach kurzer Zeit starb. Die Pferde kamen heil davon, dagegen wurde der Wagen zertrümmert.

Chemnitz, 27. April. (Selbstmord aus Furcht vor Strafe) Der Trompeter-Sergeant Rothe vom Infanterie-Regiment Nr. 21 in Chemnitz verübte Selbstmord durch Erschießen in seiner Wohnung. Grund zum Selbstmord war Furcht vor Strafe.

Hitzn, 27. April. (Kunst- und Schaustellungen) Die geistige Generalversammlung des Vereins zur Erhebung des Fremdenverkehrs genehmigte die Abmachungen des Vorstandes mit der Gesellschaft „Tiaros“ in Berlin. Danach findet vom 26. bis 29. Mai hier ein Kunst- und Schaustellung zweier Pinguinmaschinen statt, und zwar auf dem Exerzierplatz bei Großpörsch. Die Kosten stellen sich auf 3000-4000 Mark.

Mauen, 27. April. (Tot gefahren) Vor den Augen des Vaters wurde auf der Böhlerstraße die Tochter der Mehrerischen Beule von einem Gehehr tödlich überfahren. Die Kinder des Wagens gingen dem Kinde über Kopf und Brust. Der Vater hob das tödlich verletzte Kind auf. Auf dem Wege zur Wohnung starb es.

Leipzig, 28. April. (Stadttrat. D. Philipp Nagel) Gestern morgen verschied in Leipzig im 83. Lebensjahre der priv. Kaufmann und Stadtrat a. D. Nagel. Er gehörte dem Stadtratsordnen-Kollegium von 1868 bis 1873, von 1873 bis 1879 an. Am 25. Oktober 1873 trat er in das Ratskollegium ein. Diesem gehörte Stadtrat Nagel bis 31. Dezember 1877 an. Am 4. Oktober 1879 trat er dann von neuem ins Ratskollegium ein. Erst am 31. Dezember 1905 zog der verdienstvolle Mann sich ins Privatleben zurück. Philipp Nagel war während seiner Tätigkeit Spezialdeputierter des ehemaligen fäbischen Lagerhofes. Er war ferner Mitglied der Ratsdeputationen für das Fuhrwesen, Deponierwesen, Kirchenanlagen, Bauwesen, Gewerbeladen, Handelsangelegenheiten, Steuern, Straßendienen, Vieh- und Schlachthof und Situationswesen. Auch politisch hatte sich der Verdienstvolle eifrig betätigt. Er war ein Anhänger der nationalen Partei.

Ein falscher Zeppelin.

Die von vielen Blättern gebrachte Meldung, Graf Zeppelin sei an der Unfallstelle in Weiburg eingetroffen, beruht, wie sich jetzt herausstellt, auf einer Personenverwechslung, die zu ernsthaften Szenen führte. Ein Telegramm des „Tag“ berichtet darüber:

Die Kunde, daß Graf Zeppelin in Weiburg eingetroffen sei, hatte sich in Urmurg und Umgebung mit großer Schnelligkeit verbreitet und bewirkt, daß erneut Tausende von Personen zur Unfallstelle hielten, um den Grafen zu sehen. In Wirklichkeit handelte es sich um einen Doppelgänger Zeppelins, der in blauer Pelz mit Luftschirmmütze eine getrennte Kapsel des Flugzeuges von Urmurg nach Weiburg zur Unfallstelle. Das Flugzeug wollte kein Erdbeben, nur reagierte der vermeintliche Graf nicht darauf. Als aber der Bürgermeister von Weiburg ankam, sah ihn offiziell zu begrüssen, trat er reich vor und sagte dem blühend dreifarbigen Stadtoberhaupt, er sei ein Zeppelin-Verwalter aus Wiesbaden! Die Menge verhielt sich unerschrocken dabei, daß die Graf Zeppelin vor sich habe, der infolgedessen unter ihnen weile und nicht erkannt sein wolle. Man bestürmte ihn mit Fragen und brachte ihm unaufrichtige Ovationen dar, um so mehr, als der Bürgermeister ihn heraufgeführt und ihm den Verlauf der Bergungsarbeiten zeigte.

Eingeshloffen auf dem Grunde einer Grube.

London, 28. April. Etwa 500 Gubenarbeiter sind auf dem Grunde der Tynghedow-Kohlengrube eingeschlossen. Infolge Bruchs eines Kabels ist der Schacht durch zwei mit Kohlen beladene Förderseile verstopft. Man ist damit beschäftigt, einen neuen provisorischen Förderstuhl in einen bereits verlassenen Schacht, der 2 Kilometer von der Unfallstelle entfernt liegt, einzubauen, um zu versuchen, die Eingeshloffenen durch diesen Schacht zu befreien.

Batermörder. Im Vororte Ralf erlitt ein 18 Jahre alter Bürche seinen Vater nach vorübergegangenen Streit. Der Mörder entfloh, wurde aber später verhaftet.

Räuberei. Ein Niesheimer Baumeister geriet in Köln in zweifelhafte Gesellschaft. Mehrere Entlohnung plünderen ihn am Rheinufer aus, brachten ihm mehrere Stiche bei und warfen ihn in den Rheine. Der Unglückliche konnte nur mühsam gerettet und ins Hospital geschafft werden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein kurzes schweres Frühlingsgewitter, das über das ganze Land Oldenburg Hagel und Regen verbreitete, rief in einer dortigen Ortschaft einen merkwürdigen Todesfall hervor. Als eine ältere Dame von einer auswärtigen Bedienung nach Hause kam, fand sie zu ihrem großen Schrecken ihr Dienstmädchen tot am Fuße der Treppe liegend vor. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß ein fatter Schlag das Mädchen oben an der Treppe getroffen haben mußte, worauf es herunterfiel und das Genick brach. Der Körper zeigte weiter keine Verletzung als das verlorne Haupthaar. Der Hitz hieser Feuerschaden nicht angerichtet.

Fluchtversteck. Im Zellengefängnis von Murcia haben zwei zum Tode verurteilte Gefangene versucht, dadurch zu entkommen, daß sie mehrere Zellen mit Dynamit sprengten. Die Explosion war furchtbar und hat großen Schaden angerichtet. Eine Anzahl Gefangener wurden verletzt.

Falscher Marktbericht vom 28. April.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Includes items like Butter pro Stück, Öl pro Stück, etc.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil: Dr. Konradinradrich; Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Auslands, Rechte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Waldom; für das Feuilleton: Paul Schumacher; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Schielen Sie nicht

neulich zu den aufstrebendsten Reichs-Gardinen Ihrer Nachbarn darüber, sondern holen Sie sofort im nächsten Laden die echte Fabrik-Edel-Perle-Konserve mit Rotband, die nicht bloß den gleichen Effekt erzielen. Werte die Marke: „Lujms“ festgesetzt, dass die Konservenfabriken notgedrungen ihre Preise abernals um zirka 20 Pfg. pro Kilodose erhöht haben.

Es stellt sich demnach im kommenden Herbst die Kilodose Spargel um zirka 40 Pfg. höher als unsere heutige Verkaufspreise.

Wir empfehlen daher, von unserem günstigen Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen, zumal wir für die Güte und Halbarkeit der Konservae volle Garantie leisten.

Pottel & Broskowski.

Wir bitten, die Anzeigen und Preise in unserem Schaufenster zu beachten.

Frühjahrs-Ausverkauf sämtlicher Braunschweiger Gemüsekonserven und rheinischer Kompottfrüchte zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Wir weisen besonders darauf hin, dass wir nur die Bestände unserer rühmlichst bekannten feinsten französischen und braunschweiger Gemüsekonserven und rheinischen Kompottfrüchte letztjähriger Ernte, keine zugekaute minderwertige oder alte Ware, zum Verkauf bringen. Auch bitten wir, auf die reichliche Füllung unserer Konservosen achten zu wollen; unsere Kilodosen enthalten zirka 50-125 Gramm mehr Gemüse (statt Wasser) als diejenigen vieler anderer Liederanten.

Nach dem neuesten Beschluss des Braunschweiger Gemüsebau-Vereins ist für die kommende Saison eine nochmalige so bedeutende Preiserhöhung für Rohspargel

Der Tarifikampf im deutschen Baugewerbe.

Seit 15. April cr. ist im deutschen Baugewerbe ein gewaltiger Kampf entbrannt, ein Kampf, wie ihn die Geschichte in unserem Vaterlande bisher noch nicht zu verzeichnen hatte.

Es ist darum naheliegend, die Tatsachen, wie sie sind, denjenigen Kreisen bekannt zu geben, die bisher ein Interesse dafür nicht hatten, oder aber, die, wie es leider mehrfach geschehen ist, ganz abzusehen von sozialdemokratischen Zeitungen, selbst durch bürgerliche Zeitungen zu falschen Schlüssen geführt wurden und die Arbeitgeber als die Schuldigen angesehen werden mussten.

Warum also der gewaltige Kampf? Handelt es sich etwa um die Lohnhöhe, um die notwendigen Existenzmittel der Arbeitnehmer? oder handelt es sich um die Koalitionsfreiheit derselben? Nichts von alledem!

Die Lohnregulierung, das sei im voraus gesagt, sollte nach wie vor der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der einzelnen Lokalverbände überlassen bleiben. Auch richtete sich das Ziel des Arbeitgeberbundes nicht gegen den Zusammenschluss der Arbeitnehmer, denn das beweist am besten die Tatsache, dass der Arbeitgeberbund mit dem Arbeitnehmer-Verband Hand in Hand einen Tarifvertrag abzuschließen sich bemühte, der aber von den Leitern des Arbeitnehmer-Verbandes abgewiesen wurde. Die Arbeitnehmer wollen unter einheitlicher Direktion, gestützt auf reichliche Mittel ihrer Verbandskasse, die beweisen, dass die Lohnverhältnisse im Baugewerbe nur gute sind (z. B. haben die organisierten Maurer vom Zweigverein Halle a. S. im vorigen Jahre an ihre Verbandskasse 36000 Mark abgeführt), nach waldurchdachtem System, getrennt die einzelnen Arbeitgeberverbände der deutschen Städte vornehmen, terrorisieren und ihre Bedingungen ihnen aufzwingen. Das zu verhüten und die Rechte beider Parteien zu sichern, das ist die Aufgabe des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Er hat, um Gewaltstreichen vorzubeugen und Frieden im deutschen Baugewerbe wenigstens auf eine absehbare Zeit zu sichern, folgende Tarifforderungen gestellt:

1. Eine Verkürzung der Arbeitszeit im Sommer unter 10 Stunden soll nicht eintreten. Wo die Arbeitszeit bereits kürzer ist, darf sie nicht weiter verkürzt werden. Die jetzige durchschnittliche tägliche Arbeitszeit der Bauarbeiter beträgt 8 1/2 bis 9 Stunden. Eine weitere Verkürzung ist im Interesse unserer deutschen Industrie, für deren Arbeiter die Pioniere sind, unmöglich, wenn die gesamte Industrie und der Handel in Deutschland dem Ausland gegenüber nicht konkurrenzunfähig werden soll, da naturgemäss eine Kürzung der Arbeitszeiten eine Erhöhung der Löhne und Produktionskosten zur Folge haben muss.
2. Der Abschluss soll zentral erfolgen, derart, dass der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und die Zentralverbände der Arbeitnehmer die Verträge für die einzelnen grösseren oder kleineren Gebiete, in welchen der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe Landes-, Bezirks- und Ortsverbände besitzt, gemeinsam abschliesst. Die vorherige Vereinbarung der speziellen Arbeitsbedingungen (Lohn, Arbeitszeiteinteilung, Ueberstunden, Einzelkündigung) soll nach wie vor diesen Arbeitgeberverbänden und den in Betracht kommenden Zweigverbänden der Arbeitnehmer überlassen bleiben. Es ist eine Ausserachtlassung der Eigenart der einzelnen deutschen Wirtschaftsgebiete also durchaus nicht beabsichtigt, ebensowenig eine Ausschaltung der beiderseitigen Unterverbände beim Zustandekommen der Verträge. Mit dem zentralen Abschluss soll die strenge Durchführung der Vertragsbestimmungen gesichert werden; der Arbeitgeberbund will also die eigenen Unterverbände zur strikten Innehaltung der Verträge anhalten und auch bei den Zentralvorständen der Arbeitnehmer-Organisationen durchsetzen können, dass sie ihre Zweigvereine von Vertragsbrüchen abhalten.
3. Die Möglichkeit, die für die einzelnen Verbände geeignetsten Lohnmethoden (Einheits-, Staffel- oder Durchschnittslohn) zu vereinbaren, soll durch das Vertragsmuster gesichert werden. Mit einer eventuellen Aenderung der Lohnmethode ist eine Reduzierung der Lohnhöhe seitens des Arbeitgeberbundes nicht beabsichtigt. Der Arbeitgeberbund ist gezwungen, an dieser Zulässigkeit festzuhalten, weil unter dem Einfluss der Einheitslöhne die Leistungen vielfach erheblich zurückgegangen sind. Es muss die Möglichkeit gegeben sein, die Arbeiter nach ihren Leistungen zu bezahlen, da es nicht der Gerechtigkeit entspricht, dass der faule und unfähige Arbeiter denselben Lohn erhält, wie der tüchtige, fleissige.
4. Die Akkordarbeit soll nicht nur als zulässig erklärt, sondern ihre Durchführung auch im Verträge gesichert werden. Eine besondere Sicherung der Akkordarbeit ist nötig, weil trotz der in den bisherigen Verträgen ausgesprochenen Zulässigkeit die Akkordarbeit von den Gewerkschaften in vielen Orten direkt verboten und mit Ausschluss aus der Organisation bestraft worden ist. Die besondere Vereinbarung der Akkordlöhne von Fall zu Fall muss gefordert werden, weil sie wegen der grossen Verschiedenartigkeit der Arbeiten und der zu verwendenden Materialien unentbehrlich ist.
5. Wie notwendig es ist, in gewissen Fällen die Akkordarbeit einzuführen, beweisen am besten die Tatsachen, dass laut aml. Feststellung die Maurer bei normaler Arbeit vor 10 Jahren täglich noch 600 Steine verarbeiteten, während heute diese Zahl auf ca. 350 gesunken ist, dagegen umgekehrt, die Löhne in gleicher Zeit um 20 Prozent gestiegen sind. Bei solchen Leistungen, die heute in der Regel nur noch von dem guten Willen der Arbeitnehmer abhängen und gegen welche der Arbeitgeber nicht einmal protestieren darf, ist es letzterem fast unmöglich, vorher eine richtige Kalkulation zu machen, weshalb er auch häufig genug an den Maurerarbeiten erhebliche Verluste erleidet.
6. Durch eine besondere Erklärung ausserhalb des Vertrages soll eine Sicherung der bestehenden und noch zu errichtenden Arbeitgeber-Arbeitsnachweise so festgelegt werden, dass diese von den Arbeiterorganisationen in keiner Weise gestört werden dürfen.
7. Eine geringere als dreijährige Vertragsdauer soll ausgeschlossen sein.

Diese Bedingungen sind, wie schon gesagt, von den Arbeitnehmern zurückgewiesen worden. Die vom Reichsamt des Innern dann am 8. April cr. eingeleiteten Einigungsverhandlungen über die sieben Punkte scheiterten. Der Vertreter der Arbeitnehmer-Organisationen erklärte: Der Punkt 1 müsse bedingungslos fallen, d. h. der Weg zum Achtstundentag freigemacht werden, ehe überhaupt in eine Einigungsverhandlung eingetreten werden könne. Da aber dieser Punkt nach Beschluss des Arbeitgeberbundes in richtiger Erkenntnis seiner hohen wirtschaftlichen Bedeutung für unser Vaterland unmöglich aufgegeben werden konnte, wenn anders nicht unabsehbare nachteilige Folgen eintreten und auch eine erhebliche Steigerung aller ohnedies schon hohen Existenzmittel damit herbeigeführt werden soll, sah sich der Vertreter des Reichsamtes des Innern genötigt, die Einigungsverhandlungen als gescheitert aufzugeben. In weiterer Folge blieb dem Arbeitgeberbund nichts anderes übrig, als zu dem Mittel zu greifen, dass die Arbeitnehmer zur Durchführung ihrer Forderungen in zahllosen Fällen selbst angewandt haben, nämlich zur Stilllegung der Betriebe, bzw. zum Ausschluss derjenigen Arbeiter, deren Organisationen eine Einigung verhindern.

Dieses Mittel ist auch, mit Ausnahmen in einigen Städten, Berlin und Hamburg, wo infolge besonderer Verhältnisse neue Verhandlungen mit den Arbeitnehmern aufgenommen und durchgesetzt wurden, mit einer Einmütigkeit im ganzen Deutschen Reiche durchgeführt, so dass der Arbeitgeberbund sicher sein darf, seine berechtigten Forderungen auch zu erreichen.

Auch der Umstand, dass einige wenige Fachgenossen, die sich die Ziele des Arbeitgeberbundes und damit die Schaffung geordneter Verhältnisse auf der Banstelle sehr wohl gefallen lassen, die aber selbst dazu nichts tun, ja sogar während des Kampfes im „Trüben zu fischen“ suchen, als auch die Tatsache, dass verschiedene bürgerliche Zeitungen, sei es bewusst, sei es unbewusst, vielleicht durch Lancierung von seiten der Arbeitnehmer, fortwährend unrichtige Nachrichten über die Einmütigkeit der Arbeitgeber und ein Nachlassen der Geschäftsschliessung verbreiten, können nichts an dem Ziele des Arbeitgeberbundes ändern.

Ist sich der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe doch bewusst, dass er nicht allein für die Existenz seiner Mitglieder kämpft, sondern im Interesse des gesamten deutschen Handwerkes, der deutschen Industrie und des Handels, ja für das ganze deutsche Bürgerum, und dass in voller Anerkennung dessen hinter ihm die deutschen Arbeitgeberverbände mit ihren zwei mächtigen Zentralen „der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-Verbände“ und dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ geschlossen stehen. Beide Verbände haben zusammen ca. 50,000 Betriebe und beschäftigen ca. 1,600,000 Arbeiter.

Die Führer der Arbeitnehmerverbände, die nur gut bezahlte Beamte der letzteren sind, haben allerdings grosses Interesse daran, dass ein Tarifvertrag zwischen den Zentralen der beiden kämpfenden Parteien nicht zustande kommt. Würde doch sonst Frieden einkehren und für die Beamten nicht mehr hinreichend Beschäftigung vorhanden sein, so dass ihre Existenz gefährdet werden würde. Die Führer und eine gewisse Zahl Schreiber aus ihren Kreisen verhindern mit allen Mitteln eine Einigung, ganz anders würde es ausfallen, wenn die Arbeitermassen zu geheimer Abstimmung über die streitigen Punkte antreten könnten. Hier wird aber stets die öffentliche Abstimmung vorgezogen, wissen die Schreiber doch, dass die ruhigen Arbeiter entweder ihren Versammlungen fern bleiben oder aber, wenn sie doch hingehen, nicht zu Worte kommen können.

Nach Klarlegung der Gründe, welche uns zu dem Kampfe getrieben, richten wir an alle Behörden und Bauherren die Bitte, uns ihre Unterstützung nicht versagen zu wollen.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Halle a/Saale und Umgegend (E. V.).

Berginspektor Kelling's
 zur Ausführung von
Bohrungen
 auf Kohle, Ton, Kaolin, Sand u. Wasser, zur Anfertigung von Gutachten, Exposés, Berechnungen, Projektierungen etc. sowie zur Ausführung von Abschlüssen und Finanzierung bergbaulicher Unternehmungen.
 bergtechnisches Bureau, Halle a. S., Lessingstrasse 26, empfiehlt sich; Untersuchung sämtlicher Mineralien. Referenzen zur Verfügung.

Schreibarbeiten jeder Art, wissenhaft u. geschäftl., Hand u. Maschine, Dienstleistungen Rundschreib-, stenographie u. a. dergl.
Italische Schreibstube.
 Gemeinnützige Unterrichts- Beschäftigung Stellenlocher Hilfskräfte für Schreib-, Kontor-, Büroarbeit auf Stunden und Tage, auch ins Haus und nach auswärts.
 Residenzstr. 16. Fernsprecher 9274. (476)

Hochfeiner, fetter, spöckiger
Alpen-Simburger
 Pfd. 40 Pfg.
F. H. Krause.



G. Pauly, Thüringerstr. 16.
 Telefon 2058.
 Brikette, Grudokok, Anthracit, Steinkohlen, Gas und Zentralheizungskok. Briketts ab Lager 88 Pf. Handwagen zur Verfügung.
 Annahme von Bestellungen: Paul Kettel, Zigarenhandlung, Grosse Ulrichstrasse 36.
Pelzwaren Christian Voigt, Leipzigerstr. 16.
 Pelzwaren, Hüte, Mützen etc.

Haut-Bleicherme
 „Chloro“ bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiss. Wird am erprobtesten und schnellsten Mittel gegen unedle Hautfarbe, Sommerbräun, Schweißflecke, gelbe Flecke, Hautausschläge. Mit ausführlicher Anweisung, bei Entzündungen des Gesichts. Man verlange sich „Chloro“!
 Depot u. Versand: Ditzsch, 20 Waisen, Döbenerstrasse u. Engelstrasse 10.